



April 1987

Ostermarsch '87



Erschreckende Zahlen

In der Bundesrepublik gibt es 4 Millionen Arbeitslose. Im März '87 wurden 2.412.426 registrierte Arbeitslose gemeldet.

159.397 Arbeitslose befanden sich im März in beruflichen Fortbildungsmaßnahmen und 103.288 in meist kurzfristigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; sie wurden in der Statistik nicht geführt. Die Dunkelziffer an Arbeitslosen wird auf mindestens 1,2 Millionen geschätzt. Erschreckende Zahlen.

Viele der Betroffenen, vor allem aber auch viele Arbeiter und Angestellte, die noch ihren Arbeitsplatz haben, begreifen, es muß mehr gegen die Arbeitslosigkeit getan, die 35-Stunden-Woche muß eingeführt werden.

Aber hier scheiden sich die Geister. Auf der einen Seite stehen die Banken und Konzerne und die CDU-Regierung in Bonn. Auf der anderen Seite stehen die Arbeiter und Angestellten mit ihren Gewerkschaften. Und da stehen auch wir, die Kommunisten.

Die 35-Stunden-Woche kann und wird Arbeitsplätze sichern und schaffen. Deshalb müssen wir gerade jetzt alle Kampfmaßnahmen in den Betrieben unterstützen. Und, zeigen wir unsere Verbundenheit mit den Gewerkschaften, gehen wir am ersten Mai zur DGB-Kundgebung ins Bürgerhaus!

Friedl Küspert



**Arbeit – Frieden
– Zukunft
Solidarität hilft siegen!**

DKP-AUFRUF ZUM 1. MAI

„Machen wir den 1. Mai 1987 zu einem neuen Höhepunkt im Kampf für unsere gemeinsamen Interessen! Laßt uns aus einem machtvollen 1. Mai neuen Mut und neue Kampfesentschlossenheit schöpfen für die Verteidigung unserer Arbeitsplätze, für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, für das Verbot der Aussperrung, für eine atomwaffenfreie Welt!“ Mit diesem Appell endet der Aufruf der DKP zum diesjährigen internationalen Kampftag der Arbeiterklasse.



In Rüsselsheim beteiligten sich 10.000 Kolleginnen und Kollegen aus dem Opel-Betrieb am Warnstreik. Kaum hatte Unternehmer-Boß Schlotfeldt bei den Tarifverhandlungen erklärt, die Opeler seien streikmüde, da marschierten sie mit wehenden Fahnen und Transparenten aus dem Betrieb durch Rüsselsheim. Ein beeindruckendes Bild und eine Warnung.

Nach dem Wahlsieg der Rechtskoalition in Wiesbaden: den außerparlamentarischen Kampf verstärken

Leider konnte die Zurückweisung der Rechtsparteien, wie sie bei den Bundestagswahlen teilweise erfolgte, bei der Landtagswahl in Hessen keine Fortsetzung finden. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte Hessens gibt es einen CDU-Ministerpräsidenten – und auch noch Wallmann.

Es ist eine Niederlage für alle Kräfte links von der CDU, auch wenn sie ausschließlich auf die SPD-Verluste zurückzuführen ist. Im Ergebnis dieser Wahl ist eine wesentliche Verschlechterung des Kräfteverhältnisses eingetreten, und es birgt die Gefahr in sich, daß es zu einem Einschnitt bei zahlreichen sozialen und demokratischen Errungenschaften in Hessen kommt. Mit massiver Unterstützung von Kapital und Bonner Kabinett für den Wahlkampf der CDU ist es gelungen, das gemeinsame Wahlziel aller Kräfte links von der CDU – eine Niederlage Wallmanns – zu verhindern. Dies hat über Hessen hinaus Bedeutung.

Die SPD hat ihr schlechtestes Nachkriegsergebnis in Hessen erzielt. Die inkonsequente und schwankende Haltung der SPD in der Plutoniumfrage, der leichtfertige und nicht nachvollziehbare Koalitionsbruch, die Haltung Börsers und der schnelle Wechsel an der Spitze der Partei, haben sicher in erheblichem Maß SPD-Wähler verunsichert und entweder in die Arme der CDU getrieben oder zur Wahlenthaltung veranlaßt.

Dagegen konnten sich die Grünen offensichtlich die Erfolge in der Zusammenarbeit zu nutzen machen. Ihre konsequente Ablehnung jeder Plutoniumverarbeitung hat ihnen die Zustimmung vieler Wähler eingebracht.

Die Koalition hat entscheidende soziale Probleme, vor allem die Massenarbeitslosigkeit, nicht angepackt. Das hat Erfolge für die soziale Demagogie der CDU erleichtert und natürlich vielen traditionellen SPD-Wählern die Zustimmung zum Regierungsbündnis von SPD und Grünen erschwert. Und das in einer Situation, in der erstmals in der Bundesrepublik der Wähler vor der Frage stand, ob er SPD und Grünen für eine Zusammenarbeit auf Landesebene das Mandat geben wird. Daß trotzdem die Hälfte aller Wähler diese Politik unterstützt, ist ein guter Ausgangspunkt für kommende Wahlen.

Erstmals seit 17 Jahren konnte die DKP in Hessen bei einer Landtagswahl Stimmen gewinnen. So sehr das die Notwendigkeit unterstreicht, konsequent gegen Massenarbeitslosigkeit und für den Frieden aktiv zu werden, so sehr unterstreicht das Gesamtergebnis aber erneut, daß es zur Zusammenarbeit, zum gemeinsamen Handeln aller Kräfte links von der CDU keine Alternative gibt. Das Ziel der DKP, eine wahlpolitische Verständigung mit SPD und Grünen zu erreichen, scheiterte an der Haltung dieser Parteien. Es ist ein Rückschlag, wenn es nicht gelingt, Konsequenzen für eine Stärkung der Zusammenarbeit aller Kräfte links von der CDU in Zukunft zu ziehen.

Dafür gibt es in den kommenden Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche, um die Volkszählung, um die Abrüstung und um den Stopp der Plutoniumverarbeitung gute Möglichkeiten. Je mehr in diesen außerparlamentarischen Kämpfen die Kräfte links von der CDU zusammenrücken, desto eher wird ein Klima geschaffen werden, das es Wallmann nicht möglich macht, seine Absichten zu realisieren.

Die DKP sieht in einem solchen Herangehen die wichtigste Aufgabe der kommenden Zeit und erklärt ihre uneingeschränkte Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln gegen rechts.

Machen wir zu Ostern Druck

Wenn zu Ostern wieder Hunderttausende Menschen für Abrüstung über die Straßen der Bundesrepublik, durch die Städte des Landes demonstrieren, dann geht es um die größte Chance zur Abrüstung, die es in den letzten Jahren gab: Die atomaren Mittelstreckenraketen können in wenigen Jahren aus Europa verschwunden sein, andere Atomraketen können folgen, und der Weg würde eröffnet zu weiterer atomarer Abrüstung. Wir würden frei sein von Atomwaffen!

Die riesige Chance ergibt sich aus dem Vorschlag Gorbatschows. Die Chance ergibt sich aus der weltweiten Zustimmung bei den Menschen, denen der Vorschlag Hoffnung gibt.

Die Ostermärsche finden in diesem Jahr inmitten großer Bewegungen, harter Auseinandersetzungen vieler sozialer Gruppen unseres Landes statt. Es demonstrieren die Bauern. Es wehren sich die Schüler. Es kämpfen die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften. Die Stahlarbeiter um ihre Ar-

beitsplätze. Viele Bürger protestieren gegen die „Volkszählung“. Die Metallarbeiter, auch die Drucker, kämpfen um die 35-Stunden-Woche und damit um Arbeitsplätze. Sie wehren sich gegen die Aussperrung und verteidigen damit Arbeiterrechte.

Das alles gehört zusammen. Das ergibt einen Strom an demokratischem Willen, an sozialem Kampf, an Friedensforderung und Friedensbewegung.

Lieber 35 Stunden als neue Rüstungsrunden — das soll doch nur heißen: Für verschiedene Ziele, aber in jedem Fall für Ziele, die gut sind für alle Menschen.

Machen wir gemeinsam auch in unserer Stadt zu Ostern Druck für die Forderungen:

- KEINE WAFFEN IM WELTRAUM — ABRÜSTUNG AUF DER ERDE
- VERSCHROTTUNG DER MITTELSTRECKENRAKETEN
- SCHLUSS MIT DER MILITARISIERUNG IN HESSEN!
- WEG MIT DER US-AIR BASE

So fing es an

Die Wiege des Ostermarsches stand in Großbritannien: Dort hatten Atomwaffengegner im Jahr 1958 zum ersten Mal von London aus ihren „Easter march“ begonnen. Er endete am atomaren Forschungsinstitut in Aldermaston. Die Friedensbewegung unseres Landes hatte zu Beginn der 60er Jahre Gründe genug, diese Form des Protestes gegen nukleare Aufrüstung zu übernehmen: 1957 hatte sich der damalige Verteidigungsminister Strauß für die atomare Bewaffnung der Bundeswehr stark gemacht. Eine Welle des Protestes ging durch unser Land. „Kampf dem Atomtod“ — dieser Bewegung schlossen sich auch SPD und DGB an, um sich aber kaum ein Jahr später zurückzuziehen.

Die atomare Bewaffnung der Bundeswehr konnte nicht durchgesetzt werden. Aber die Ostermärsche, die 1960 mit einer Demonstration in Hamburg zum britischen Raketenübungsplatz Bergen-Hohne begannen, signalisierten eine fortgesetzte Wachsamkeit gegen die von den USA betriebene atomare Bewaffnung der Bundesrepublik und für Abrüstung.

Gegen die Schikanen staatlicher Behörden, gegen Polizeieinsätze, gegen die Totschwei-

getaktik in den Medien, gegen Spaltungsversuche und den ständigen Vorwurf der „kommunistischen Unterwanderung“ marschierte die Friedensbewegung der 60er Jahre unverdrossen an. 1961 beteiligten sich bereits rund 7.500 Menschen an den 12 Marschsäulen und 20.000 an den Abschlußkundgebungen der Ostermärsche. Mehrmals ging der hessische Ostermarsch durch unsere Stadt. Bis zu ihrem Höhepunkt 1968 schwoll die Ostermarsch-Bewegung auf 300.000 Teilnehmer an.

Die Losungen und Forderungen der Ostermärsche spiegelten auch das Zeitgeschehen, das Eingehen auf aktuelle politische Entwicklungen wider: 1962 — Forderung nach Einstellung aller Kernwaffenversuche; 1965 — Gegen den Plan des Generals Trettner, quer durch unser Land einen Atomminengürtel zu legen; 1967 — Für die Einstellung der US-Bombenangriffe auf Nordvietnam; 1968 — Gegen Notstandsgesetze — Für Demokratie, für die Anerkennung der DDR, gegen die geistige Manipulation durch die Springer-Presse, deren Opfer der Studentenfürher Rudi Dutschke bei einem Attentat geworden war.

Die mächtige Friedensbewegung unserer Tage hat die Tradition der Ostermärsche aus den 60er Jahren wieder aufgenommen.

UNSER MARSCH IST EINE GUTE SACHE

*Unser Marsch ist eine gute Sache
weil er für eine gute Sache geht.
Wir marschieren nicht aus Haß und
Rache*

*wir erobern kein fremdes Gebiet.
Unsre Hände sind leer,
die Vernunft ist das Gewehr,
und die Leute verstehn unsre Sprache:*

*Marschieren wir gegen den Osten?
Nein!*

*Marschieren wir gegen den Westen?
Nein!*

*Wir marschieren für die Welt
die von Waffen nichts mehr hält.
Denn das ist für uns am besten.*

*Du deutsches Volk, du bist fast immer
für falsche Ziele marschiert,
am Ende waren nur Trümmer.
Weißt du heute, wohin man dich führt?
Nimm dein Schicksal in die Hand
steck den Kopf nicht in den Sand
und laßt euch nicht mehr verführen!*

*Marschieren wir gegen den Osten?
Nein! ...*



DER OSTERMARSCH
IN MÖRFELDEN

Sonntag, 19. April 1987

12.30 Uhr Friedensfest
auf dem Dalles
Begrüßung durch
Kurt Oeser
Mittagessen,
Kulturprogramm

15.00 Uhr Kundgebung
am Munitionsdepot im
Langener Oberwald

Weitermarsch über Langen
nach Buchschlag

Geheimpläne bestätigen jahrelangen Verdacht:

US-Militärs wollen Startbahn West ausbauen

Die USA wollen den Frankfurter Flughafen zu ihrer zentralen europäischen Operationsbasis ausbauen und dabei die „zivile“ Startbahn West für ihre F-18-Phantomstaffeln nutzen. Das ergaben Recherchen des Wissenschaftlers Erich Schmidt-Eenboom vom Starnberger Friedensforschungsinstitut zusammen mit dem Journalisten Jo Angerer. Entsprechende Geheimdokumente liegen auch der DKP vor, die schon immer auf den militärischen Aspekt der umstrittenen Startbahn verwies.

Den US-Planungspapieren zufolge soll der Flughafen, der bereits jetzt als einziger Großflughafen der Bundesrepublik gleichzeitig militärisch genutzt wird, von den US-Militärs ausgebaut werden. Er soll als „Anlandeflughafen“ (Main Airport of Debarkation) als auch als „Kampfbasis“ (Main Operating Base) unter Einbeziehung der Startbahn West zur Verfügung stehen.

Hierfür soll die Flughafen AG

den Amerikanern bereits ein 27.000 Quadratmeter großes Gelände überlassen haben. Um die Kampfflugzeuge im Ernstfall an der Startbahn West betanken zu können, würde derzeit eine bestehende US-Militär-Pipeline entsprechend verlängert. Um diese Arbeiten geheim zu halten, so Schmidt-Eenboom, sei das Gelände, wo momentan chemische Kampfstoffe aus dem 1. Weltkrieg geräumt würden, weiträumiger als nötig abgesperrt wor-

den. Den US-Plänen zufolge wurden insgesamt 22,5 Millionen Dollar für die Baumaßnahmen bereitgestellt.

Durch die bekanntgewordenen Fakten wird erneut belegt, was die hessische Landesregierung stets bestritt und als „kommunistische Propaganda“ bezeichnete.

Wir fordern:

- die lückenlose Information der Bevölkerung! Die Verharmlosungs- und Vertuschungspraktiken der FAG und politischer Stellen in Wiesbaden müssen zurückgewiesen werden!
- Weg mit der US-Air Base!
- Die neugewählte Landesregierung muß unter Druck gesetzt werden. Sie hat nach dem Artikel 69 der Hessischen Verfassung Konsequenzen zu ziehen. Dort heißt es: „Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

MILITARY CONSTRUCTION APPROPRIATIONS FOR 1987

9. Future Projects: (a) Included in Following Program (FY 88):		
	29,720 SF	2,650
113-321 Aircraft Parking	7,150 SF	870
141-454 Add to Combat Control Team Facility	30,650 SF	5,500
141-461 Operations Complex	4,000 SF	700
141-753 ADAL Squadron Operations	93,500 SF	11,100
141-784 Passenger Terminal	3,000 SF	430
211-154 Field Maintenance Shop	9,000 SF	1,000
730-772 Religious Education Facility		22,250
Total		

10. Mission or Major Functions
wing, an aeromedical airlift sq
special operations squadron, a
Communications Command commu
This base is the principle em
arriving from and departing

9. Zukünftige Projekte: (a) Enthalten in folgendem Prog (Steuerjahr 88)		
113-321 Flugzeugabstellplätze	24,846 ha	2,650
141-454 Erweiterung der Einrichtung der Kampfkontrollgruppe	664 qm	870
141-461 Operationskomplex	2,847 qm	5,500
141-753 Operationen der ADAL-Staffel	372 qm	700
141-784 Passagierterminal	8,686 qm	11,100
211-154 Feld-Wartungswerkstatt	279 qm	430
730-772 Einrichtung für Religionsunterricht	836 qm	1,000
Gesamt		22,250

HEARINGS
BEFORE A
SUBCOMMITTEE OF THE
COMMITTEE ON APPROPRIATIONS
HOUSE OF REPRESENTATIVES
NINETY-NINTH CONGRESS
SECOND SESSION

U.S. GOVERNMENT PRINTING OFFICE
WASHINGTON : 1986

Aus geheimen Protokollen des US-Repräsentantenhauses geht hervor, daß für 1987 über 22 Millionen Dollar für den Ausbau der Frankfurter US-Air Base zur Verfügung gestellt werden. Was hat es damit auf sich?

Fakten

Dem Bewilligungs-Unterausschuß im Repräsentantenhaus der USA liegt zur Zeit der von der US-Luftwaffe eingereichte Haushaltsplanentwurf für das Steuerjahr 1987 vor, darunter auch die Planung für militärische Bauvorhaben. Auf Seite 732 der Vorlage hat die US-Luftwaffe ihren Wunschzettel präsentiert.

Unter der Rubrik „Rhein Main Air Base, Germany“ ist folgendes Bauprogramm mit genauen Flächenangaben und Kosten vorgehen:

Flugzeugabstellplätze (24,85 ha, 2,65 Mio. Dollar), Erweiterung der Einrichtungen für die „Kampfkontrollgruppe“ (664 qm, 870.000 Dollar), ein „Operationskomplex“ (2.838 qm, 5,5 Mio. Dollar), ein militärisches Passagierterminal (8.686 qm, 11,1 Mio. Dollar). Sogar an die geistige Erbauung der über 3.000 ständig dort stationierten US-Soldaten ist gedacht worden: Für eine Million Dollar soll auf einer Fläche von 836 Quadratmetern eine Einrichtung zum Religionsunterricht entstehen.

Damit die Kongreßabgeordneten auch wissen, wofür sie das Geld von Uncle Sam ausgeben sollen, hat die Luftwaffe unter Punkt 10 („Auftrag und Hauptfunktionen“) kurz und exakt zusammengefaßt, wozu sie den Frankfurter Flughafen braucht:

„Dieser Stützpunkt beherbergt ein taktisches Lufttransportgeschwader, eine Sanitäts-Lufttransport-Staffel, eine operative Lufttransportstaffel, eine Staffel für Sonderaufträge („special operations“), eine Einrichtungs-Kontrollstaffel, eine Fernmeldegruppe des Fernmeldekommandos und eine Flughafenstaffel. Dieser Stützpunkt ist der Hauptbe- und Entladungspunkt für Flugzeuge, die von Westdeutschland zum kontinentalen Teil der USA und umgekehrt (fliegen).“

Auffallend an der Beschreibung sind die nicht mit dem Lufttransport in Zusammenhang stehenden militärischen Einheiten. Was ist die Aufgabe der „Staffel für Sonderaufträge“? Was hat es mit der „Kampfkontrollgruppe“ auf sich?

Die Antwort ist einfach. Die „Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH“ erarbeitete 1982 eine Studie (auch dieses geheime Papier liegt uns vor) zum „Wartime Host Nation Support“ (zivil-militärische Unterstützung). Darin sind unter anderem die „amerikanisch genutzten Flugplätze“ aufgelistet. Es gibt davon zwei Arten: „Hauptein-satzbasen“ und „Anlandeflugplätze“. Die Rhein-Main-Air Base ist dabei nicht nur als „Anlandeflugplatz“ geführt, sondern auch als „Hauptein-satzbasis“ in trauter Gemeinschaft mit bekannten Phantom-Stützpunkten wie Ramstein, Bitburg und Spangdahlem.

Es ist offensichtlich, daß alle diese Baumaßnahmen und die Nutzung der Rhein-Main-Air Base als Hauptein-satzbasis nur im Zusammenhang mit der Startbahn West sinnvoll sind. Und, was hier vor unseren Augen vor sich geht, sind Kriegsvorbereitungen.

X 35 Stunden
statt neue
Rüstungs-
runden!

Dummbabbeler

FAG-Sprecher Reinhard Böltz hält die „umfassende militärische Nutzung der Startbahn West für eine „phantastische Spekulation“. „Ich weiß davon nichts, und ich kenne alle Beschlüsse des Aufsichtsrates“. Die militärische Nutzung der Startbahn West sei sogar „im Kriegsfall unmöglich“, da solches durch ein Planfeststellungsverfahren verboten sei.

Nun ist natürlich auch der Transport von Sprengstoff durch zivile Kipplaster durch die Straßenverkehrsordnung verboten, aber jedermann weiß, daß die Bundeswehr im Ernstfall diese Fahrzeuge per „Bereitstellungsbescheid“ requiriert, olivgrün anpinselt und dann mit ihnen macht, was sie will. Glaubt Herr Böltz im Ernst, daß die Amerikaner im Kriegsfall auf ein Planfeststellungsverfahren Wert legen?

Das wäre ja zu schön: Die Phantomstaffeln stehen am neuen US-Abstellplatz am Anfang der Startbahn mit

laufenden Turbinen. Im Fernsehen spricht Reagan mit kummervoller Miene (ohne Mikrofonprobe), er habe sich nunmehr entschlossen, das Reich des Bösen, das ihm mit Gorbatschow so heimtückisch die Schau stiehlt, ernsthaft zu vernichten.

Doch da rennt Friedenswächter Böltz auf die Startbahn West. Atemlos schwenkt er das Planfeststellungsverfahren (in doppelter Ausfertigung). Der Staffelkapitän der Phantomstaffel studiert das Papier stirnrunzelnd, gemeinsam mit seinem Funker versucht er das Behördendeutsch zu übersetzen und schließlich hebt er resigniert die Hand: Start abbrechen. Wir dürfen hier nichts Militärisches machen. Sorry. Der Dritte Weltkrieg ist verhindert – dank Böltz und seinem Planfeststellungsverfahren.

Doch angesichts der jüngeren deutschen Geschichte befürchten wir, daß Herr Böltz in einem solchen Fall lieber da bleiben wird, wo er gerade ist, und sich hinterher auf den Befehlsnotstand beruft. ...

„... ich glaube ihnen kein Wort!“

Als die DKP schon sehr früh auf die militärischen Aspekte der Startbahn West hinwies, gab es in der Region viele Zweifler, und in Wiesbaden wurde dementiert. In seiner Regierungserklärung vor dem Hessischen Landtag machte Ministerpräsident Holger Börner am 25. November 1981 folgende Aussagen: „Das in den letzten Monaten gezielt ausgestreute Gerücht, die Startbahn werde für militärische Zwecke der NATO benötigt, ist völlig absurd. Dieses Gerücht ist nachweislich von der DKP erfunden worden.“ In einem Interview mit der Illustrierten „Quick“ (Nr. 7/82) wird Börner konkreter, wenn er sagt: „Die Behauptung entspringt rein kommunistischer Propaganda, auf die dann leider seriöse Leute hereingefallen sind. Wenn das der Fall wäre, hätten wir kein zehnjähriges Genehmigungsverfahren gebraucht. Die Amerikaner hätten ihre alliierten Vorbehaltsrechte anwenden können, und die Startbahn wäre bereits seit fünf Jahren fertig. Nein, das ist kommunistische Propaganda, erfunden von dem führenden Mitglied

der Bürgerinitiativen, von Herrn Hechler.“

Mittlerweile gibt es erneut viele neue Beweise, daß die US-Militärs die Startbahn West verstärkt nutzen wollen.

Und wieder gibt es Versuche zu verharmlosen, zu vertuschen.

SPD-Krollmann: „Wer den Ausbau des Flughafens mit einem militärischen Hintergrund verbindet, der spinnt.“

Edgar Thielemann, Sprecher der Landesregierung: „reine Spekulation“.

Eberhard Bock, Pressesprecher der US-Air Base: „Rein spekulative Natur“.

FAG-Sprecher Reinhard Böltz (besonders naiv): „Ich weiß nichts, eine Nutzung durch die Amerikaner ist auch im Kriegsfall unmöglich, weil es eine Planfeststellung gibt, die das verbietet.“

Was soll man zu all dem sagen? Auf der einen Seite Fakten, Beweise und unsere jahrelangen eigenen Erfahrungen und auf der anderen Seite Abwiegler, Vertuscher, Verharmloser.

Ich jedenfalls glaube den feinen Herren bei der FAG und in Wiesbaden kein Wort.

/ Rudi Hechler

WAS TUN, WENN DER ZÄHLER KOMMT?

HARTER BOYKOTT

Couragierte Antivolkszählungskämpfer/innen können dem Zähler natürlich gleich an der Tür sagen, daß sie boykottieren. In diesem Falle würde die Behörde allerdings sofort Bescheid wissen und möglicherweise gar nicht erst Mahnungen schicken, sondern sofort Zwangsmittel einleiten.

Wie läuft das ab?

Die meisten Volkszählungsinitiativen halten den „harten Boykott“ wegen seines politischen Demonstrierenscharakters für die wirkungsvollste Protestform. Diese Initiativen schlagen deshalb vor, die Fragebögen nicht an die „Erhebungsstelle“ zu schicken, sondern die Bögen unausgefüllt und nach Abschneiden der zur Identifizierung verwendbaren Ordnungsnummer an Sammelstellen der Antivolkszählungsbewegung weiterzuleiten. Diese könnten dann die bereits erreichte Anzahl der Boykotteure feststellen und in der Öffentlichkeit bekannt machen, also dadurch die Breite der Ablehnung in der Bevölkerung verdeutlichen.

Wie reagiert der Staat?

Da die staatlichen Erhebungsstellen Eingangskontrollen durchführen, werden sie nach etwa einer Woche das Ausbleiben der ausgefüllten Fragebögen von Boykotteuren feststellen. Daraufhin werden sie den Betroffenen Mahnungen und Erinnerungen zuschicken, die eine ausdrückliche schriftliche Aufforderung zur Auskunfterteilung enthalten. Gegen diese verbindliche Aufforderung kann Widerspruch eingelegt werden, der aber keine „aufschiebende Wirkung“ hat, § 12 Abs. 5 VZG. Trotz Einlegung eines

Widerspruchs bleibt der Bürger nach dieser Regelung also verpflichtet, die Volkszählungsbögen auszufüllen. Gleiches gilt für die Anfechtungsklage nach Ablehnung des Widerspruchs.

Bußgeld

Nachdem die in den Mahnungen und Erinnerungen gesetzten Fristen verstrichen sind, werden die Behörden gegen beharrliche Boykotteure Bußgeld oder Zwangsgeld verhängen. Das Boykottieren der Volkszählung ist keine Straftat, sondern nur eine Ordnungswidrigkeit, die mit Bußgeld geahndet wird. Die Höhe des Bußgeldes muß der Sache angemessen sein und wird nach den Erfahrungen mit dem Mikrozensus voraussichtlich in einer Höhe von 100,- DM liegen. Gegen den Bußgeldbescheid kann innerhalb von zwei Wochen Einspruch eingelegt werden.

Zwangsgeld

Vom Bußgeld zu unterscheiden ist das Zwangsgeld, bei dem es sich um ein Mittel des Verwaltungszwanges handelt, das der Durchsetzung einer Verwaltungsentscheidung dienen soll. Zwangsgeld kann deshalb auch mehrfach und in sich steigender Höhe gefordert werden, so lange, bis der Bürger zu Kreuze gekrochen ist. Allerdings verläuft das Zwangsgeldverfahren in mehreren Schritten, von der Androhung über die Festsetzung bis zur Anwendung. Bis zum jeweils nächsten Schritt muß die Behörde jeweils Fristen einhalten, und der Bürger hat die Möglichkeit, gegen jeden dieser Schritte jeweils Widerspruch einzulegen und mit dem Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung zu verbinden. Gegen die ablehnende Entscheidung der Behörde kann wiederum das Verwal-

tungsgericht angerufen werden. Auf jeden Fall bleibt bei den einzelnen Zwangsmaßnahmen stets genügend Zeit, das weitere Verhalten gemeinsam mit anderen Boykotteu-

ren in einer Initiative und mit einem befreundeten Rechtsanwalt zu beraten – das Kostenrisiko für Verweigerer bleibt damit weitgehend kalkulierbar.

WEICHER BOYKOTT

Es ist wichtig, seine Rechte gegenüber dem Zähler genau zu kennen:

Niemand braucht den Zähler in die Wohnung einzulassen, ein Zutrittsrecht steht ihm nicht zu. Auch kann der Zähler nach dem Volkszählungsgesetz (VZG) nicht verlangen, daß ihm an Ort und Stelle Fragen beantwortet werden oder daß ihm einige Tage später der ausgefüllte Bogen überreicht wird. Vielmehr besteht nach § 13 Abs. 4 VZG die Möglichkeit, den ausgefüllten Bogen innerhalb einer Woche nach dem Empfang portofrei per Post an die „Erhebungsstelle“ zu schicken. Verlangen kann der Zähler nur, daß ihm die Anzahl der Personen im Haushalt und die Zahl der Haushalte und Arbeitsstätten im Gebäude mündlich mitgeteilt werden. Wer allerdings dem Zähler gegenüber darauf hinweist, daß er sich in der betreffenden Wohnung nur zum Besuch aufhalte, kann diese Angaben aus verständlichen Gründen nicht machen. Wenn der Zähler trotz mehrmaliger Versuche niemanden antrifft, werden die Bögen mit der Post zugeschickt.

Wie läuft das ab?

Es gibt nun mannigfache Möglichkeiten des „weichen Boykotts“ durch falsches Ausfüllen der Fragebögen, durch Verschleppungen der Abgabe infolge vieler Nachfragen usw. Der Phantasie sind da keine Grenzen gesetzt. So kann man z. B. beim Statistischen Bundesamt („Lieber Herr Hölder...“) schriftlich anfragen, ob man nun WC, Bad oder Küche ankreuzen soll,

wenn sich die Dusche im selben Raum wie das Klo befindet und dort obendrein auch noch ein alter Küchenherd steht.

ERFOLG UND RISIKO

Realistischerweise setzt die Antivolkszählungsbewegung nun aber nicht auf die juristische Auseinandersetzung, sondern auf die Entfaltung politischen Drucks durch massenhafte Teilnahme am Boykott.

Bevor Zwangsmittel und Bußgeldverfahren eingeleitet werden können, werden Wochen vergehen. Dir passiert solange nichts, aber Du wirst in dieser Zeit über die Volkszählungs-Initiativen erfahren, wie groß die Protestbewegung inzwischen geworden ist. Der Protest wird schneller sichtbar, als staatliche Gegenmaßnahmen wirken können. Insoweit bleibt auch in jeder Phase das persönliche Risiko der Verweigerer einschätzbar und kalkulierbar. Nach Meinungsumfragen sind 56 Prozent gegenüber der „Volkszählung“ mißtrauisch eingestellt; schon im Herbst 1986 waren 23 Prozent entschlossen, sich nach Möglichkeit zu entziehen, 7 Prozent dachten bereits an Totalverweigerung. Nach offiziellen Angaben würde die Nichterfassung von 10 Prozent ausreichen, das ganze Projekt „Volkszählung“ zur statistischen Trümmerlandschaft werden zu lassen.

Bei der Startbahn West wurde ich nicht gefragt.

Bei Nukem/Alkem wurde ich nicht gefragt.

Bei den Atomraketen wurde ich nicht gefragt.

Bei der Volkszählung werde ich mich nicht fragen lassen.

In den letzten Tagen ist die Front der Volkszählungsgegner angewachsen. Das ist gut so.

Die „Humanistische Union“, die „Ver- einigten Deutschen Studentenschaften (VDS)“, der Bundesjugendausschuß des DGB, die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ)“ und viele andere Organisationen haben sich jetzt kritisch zu Wort gemeldet.

Auch in unserer Stadt wächst der Pro- test. Viele Organisationen, darunter die Grünen, die DKP, die Jungsoziali- sten propagieren den Widerstand.

Allerdings, eine Reihe bekannter Per- sönlichkeiten und fortschrittliche, in der Startbahnbewegung aktive Grup- pen, stehen noch abseits.

Vor allem viele Sozialdemokraten neh- men eine zwiespältige Haltung ein.

Sie vor allem sollten sich an eine einfa- che Wahrheit erinnern. Die Volkszäh- lung dient u.a. dazu, das kapitalistische System effektiver zu machen. Man braucht Daten, die letzten Endes ge- gen die „kleinen Leute“ verwendet werden können.

Ich kann deshalb eigentlich nur dem Gründer der SPD, August Bebel (1840 – 1913) zustimmen, der in der Reichs- tagsdebatte ausrief: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ Und darüber sollten auch einmal die angesprochenen, abseits stehenden, So- zialdemokraten unserer Stadt nachden- ken.

Es ist doch so: Die Gründe gegen die Volksaushorchung bleiben unvermin- dert bestehen. Die Geheimhaltung der Daten ist nicht gesichert. Die Volks- zählung '87 steht im engen Zusammen- hang mit den antidemokratischen „Si- cherheitsgesetzen“. Es sollen damit Daten gesammelt werden, um den

Überwachungs- und Schnüffelstaat weiter ausbauen und die Notstandspla- nung perfektionieren zu können. Die bekannten Daten über Arbeitslosigkeit, Wohn- und Umweltsituation, über Bil- dungs-niveau oder Sozialleistungen rei- chen schon längst aus, um gesellschaft- lich sinnvoll zu planen. Nötig wäre die Sammlung von Daten über Arbeits- platzvernichter, Rheinvergifter, Hoch- rüster und Miethaie. Denn daraus könnten Schlußfolgerungen für eine sinnvolle Zukunftsplanung gezogen werden.

Die Volkszählung '87 soll weit über 1 Milliarde DM kosten. (Jetzt sollen noch einmal 30 Millionen für die „Wer- bung“ nachgeschoben werden.) Was könnte mit diesem Geld vernünftiges gemacht werden.

Ich meine jedenfalls:

Ein Nein zur Volkszählung ist ein Nein zum Ausbau eines autoritären Sicher- heits- und Überwachungsstaates. Es ist ein Nein zur weiteren Militarisierung

der Bundesrepublik. Es ist ein Ja zur Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten.

Deshalb sage ich:

„Volkszählung – ohne mich!“

Rudi Hechler

„Was tun, wenn der Zähler kommt?“

... hieß das Thema einer gutbesuch- ten Informationsveranstaltung der DKP Mörfelden zur Volkszählung 1987. Axel Seiderer vom Bezirksvor- stand der DKP Hessen ließ als Refe- rent keinen Zweifel daran, daß das Volk allen Grund hat, die geplante „Volksaushorchung“ abzulehnen und die DKP alles dazu tut, mit einer brei- ten Bewegung die Pläne der Herr- schenden zu durchkreuzen. Die Aus- sprache machte deutlich, daß es auch in unserer Stadt starke Kräfte gibt, die nicht warten wollen, bis der Zähler kommt, sondern sich schon vor- her Gedanken machen und aktiv wer- den.

Gesetzesbrecher

Die von der CDU regierte Stadt Bonn will mit einem Bußgeldverfahren gegen 23 Bundestagsabgeordnete der Grünen die Kriminalisierung der Volkszählungsgegner ver- stärken. Die Hysterie, mit der die Rechtsparteien nicht nur auf Boykottaufrufe, sondern gar auf jede Kritik an ihren gesetzgeberischen Untaten reagieren, nimmt gemeinge- fährliche Züge an. Die angebli- che „Ordnungswidrigkeit“, bei der Volkszählung die Aussa- ge zu verweigern, wird zum Schwerstverbrechen aufge- blasen. Viele Bürger fragen aber: Warum soll ein Zähler mehr Auskünfte bekommen als ein ausgewachsener Rich- ter, dem ich vor Gericht die Auskunft verweigern darf.

Diejenigen in Bonn, die „Gesetzesbruch“ und „Miß- achtung der parlamentari- schen Mehrheitsentscheidun- gen“ schreien, haben selbst keine Hemmungen, die Ge- setze am laufenden Band zu verletzen. Graf Lambsdorff, der als Minister den Staat um Millionen an Steuergeldern gebracht hat, rief den Rich- tern höhnisch zu: „Legionen müßten Sie bestrafen, wenn das schon Beihilfe zur Steu- erhinterziehung sein soll“ – das, was Kohl, Lambsdorff, Flick und andere unter Bruch

der Gesetze dem Staatshaus- halt vorenthielten. Kohl be- zeichnete Prozesse gegen die Schmiergeldpraxis als Verfahren, um „die Wirtschaft zu schädigen, sie und Partei- en moralisch in die Ecke zu stellen“. Und so wurden min- destens 2 000 Verfahren ein- gestellt. Dabei wären rund fünf Milliarden DM jährlich zu- sätzlich an Steuern einzuneh- men, wenn die Schmiergeld- praxis und die Steuerflucht eingegrenzt würden.

Gesetzesbrecher werden hoch geehrt: Zum Beispiel das „Vorbild der Jugend“ Bor- ris Becker, der keine Mark Steuern abführt und das Wehrpflichtgesetz umgeht. Aber für die Kriegsdienstver- weigerer wird die Dienstzeit über die Wehrpflicht hinaus verlängert, obwohl dies aus- drücklich vom Grundgesetz verboten wird. Die Verfas- sung verbietet auch, Wahl- kandidaten für ihr Engage- ment zu bestrafen. Dennoch hagelt es in Niedersachsen Berufsverbote für Kandida- ten. Dort werden von Staats wegen sogar Verbrechen be- gangen, wie die Explosion am Gefängnis in Celle.

Und wo bleibt der empörte Aufschrei und die Forderung, Gesetzesbrecher zu bestra- fen?

Wir fahren in ein kinderfreundliches Land

nach Brodowin (DDR)

vom 5. 7. bis 21. 7. 1987

17 Tage Sommerferien für 115,- DM

(bei mehreren Kindern aus einer Familie für das 2. Kind nur noch 85,- DM, für das 3. Kinder 70,- DM)

Für Kinder von **10 bis 14 Jahren**

(geboren in der Zeit vom 1. 6. 1973 bis 1. 10. 1977)

Näheres kann man erfahren unter folgenden

Telefonnummern: 14 30, 2 42 70, 38 59 + 2 49 96

Was machen die Pioniere an Pfingsten?

Vom 6. – 8. Juni fahren wir nach Ober-Ramstadt ans Naturfreundehaus zum Zelten. Da geht echt die Post ab. Ein ganz tolles Gelände, direkt am Wald und ohne Autoverkehr. Die Jungen Pioniere haben sich für die 3 Tage viel vorgenommen. Es gibt eine Olympiade, Geländespiele, ein Fußballturnier, eine Disco und vieles mehr.

Das Pfingstcamp ist für Kinder von 6 – 14 Jahren. Der Preis beträgt 25,- DM für das erste Kind und für jedes weitere Kind einer Familie 20,- DM.

34 Kinder aus Mörfelden und Wallendorf haben sich schon angemeldet und fahren mit. Also: Schnell anmelden!

Übrigens: Die Pioniere treffen sich jeden Mittwoch auf dem Spielplatz am Ärztehaus, ab April 15.30 – 17.30 Uhr.



Mörfelden gestern

Naturfreunde während einer Ruhepause anlässlich ihres Arbeitseinsatzes am sogenannten „Naturfreundeplatz“. Das Naturfreundehaus befand sich damals noch im Schulhof am „Dalles“. Der zum Verweilen und Ausruhen gedachte Platz wurde von Mörfelder Naturfreunden Ende der zwanziger Jahre in freiwilligen Arbeitsstunden an der Steigbergsschneißle in Höhe der Hegbachbrücke angelegt.